

Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



NIEDERSCHRIFT

der 3. Sitzung des Kreistages am 17.09.2014 im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Brandt, Falko	DIE LINKE.	
Brinkmann, Cornelia	CDU/Bauern	
Buße, Maja	CDU/Bauern	
Damm, Olaf	CDU/Bauern	
Dr. Deutschländer, Adolf	DIE LINKE.	
Dittrich, Peter	CDU/Bauern	
Donath, Helmut	SPD/Grüne	
Engel, Nancy	SPD/Grüne	
Ernst, Siegfried	CDU/Bauern	
Fischer, Tina	SPD/Grüne	
Freund, Judith	SPD/Grüne	
Fuchs, Karl Uwe	fraktionsloser Abgeordneter (FDP)	
Graßmel, Jens	fraktionsloser Abgeordneter (FDP)	
Groth, Sylvia	SPD/Grüne	anwesend bis 18:00 Uhr, Pause
Hanke, Georg	SPD/Grüne	
Haverlandt, Sven-Gunnar	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Irmer, Thomas	SPD/Grüne	
Kaiser, Benjamin	CDU/Bauern	
Kalweit, Renate	UBL/Wir für KW	anwesend bis 18:00 Uhr, Pause
Kleinwächter, Norbert	Alternative für Deutschland	
Knuffke, Frank	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Kolan, Lars	SPD/Grüne	
Kolberg, Joachim	CDU/Bauern	
Kotré, Steffen	Alternative für Deutschland	
Krause, Lutz	UBL/Wir für KW	
Krüger, Reinhard	DIE LINKE.	anwesend bis 18:00 Uhr, Pause
Dr. Kuttner, Michael	CDU/Bauern	
Lange, Jens-Birger	Alternative für Deutschland	
Lebedies, Nadine	DIE LINKE.	
Lehmann, Sylvia	SPD/Grüne	
Luchmann, Wolfgang	SPD/Grüne	
Ludwig, Stefan	DIE LINKE.	
Mertner, Jürgen	SPD/Grüne	
Mieritz, Martina	SPD/Grüne	anwesend bis 17:00 Uhr, TOP 2.2
Müller, Heidemarie	DIE LINKE.	
Pillat, Renate	SPD/Grüne	
Raatz, Jürgen	CDU/Bauern	
Reimann, Michael	UBL/Wir für KW	
Rubenbauer, Kerstin	DIE LINKE.	

Scheetz, Ludwig	SPD/Grüne	
Dr. Schönfelder, Inis	CDU/Bauern	
Schulze, Olaf	CDU/Bauern	
Seelig, Robert	DIE LINKE.	
Selbitz, Frank	UBL/Wir für KW	anwesend bis 18:00 Uhr, Pause
Dr. Sternagel, Manfred	SPD/Grüne	
Strasen, Henry	Alternative für Deutschland	anwesend bis 18:45 Uhr, TOP 4.6
Terno, Heiko	CDU/Bauern	
Tomczak, Raimund	fraktionsloser Abgeordneter (FDP)	
Treder-Schmidt, Lothar	SPD/Grüne	
Weber, Karin	DIE LINKE.	
Wille, Martin	SPD/Grüne	
Wolter, Michael	CDU/Bauern	anwesend ab 16:30 Uhr, TOP 2.1

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Braschwitz, Wolfgang	Amtsleiter Umweltamt
Brieger, Andrea	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Degenhardt, Marion	Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb
Ehm, Carla	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Enders, Silvia	Amtsleiterin Ordnungsamt
Gierhardt, Walter	Amtsleiter Rechtsamt
Gröke, Dagmar	Bereichsleiterin Kommunalaufsicht
Harder, Joachim	Amtsleiter Amt für Schulverwaltung und Kultur
Jobke, Antonia	Büro Landrat
Karnapke, Marlies	Schriftführerin
Klein, Stefan	Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Kny, Frank	Stellv. Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt
Kunze, Ralf	Vorsitzender des Personalrates
Licht, Dietmar	Amtsleiter Zentrales Gebäude- und Immobilienmanagement
Nagel, Alexander	Amtsleiter Amt für Personal, Organisation und Service
Pretky, Antje	Ausländerberatung
Saß, Carsten	Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales
Schaaf, Heidrun	Pressestelle
Schrager, Karin	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Starke, Wolfgang	Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie öffentliche Sicherheit und Ordnung
Städter, Petra	Amtsleiterin Amt für Jugend, Familie und Sport

Entschuldigt waren:

Kehling, Marco	CDU/Bauern
Laugsch, Angela	DIE LINKE.
Dr. v. Platen, Sabine	CDU/Bauern
Urban, Bianca	SPD/Grüne

Gäste:

Herr G.-P. Lehmann	Geschäftsführer Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreew. mbH
Herr Irmscher	Bürgermeister von Münchehofe
Herr Vogt	Einwohner des Landkreises

TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil:

1. Zur Geschäftsordnung

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 zur Tagesordnung
- 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

2. Aktuelle Stunde

- 2.1 Bericht des Landrates
- 2.2 Anfragen der Abgeordneten

3. Einwohnerfragestunde (Aufruf des Tagesordnungspunktes ca. 17:00 Uhr)

4. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreistag

- 4.1 Neubestellung von Mitgliedern des Kreissenorenbeirates zur Mitwirkung im Kreisausschuss sowie im Gesundheits- und Sozialausschuss 2014/089
- 4.2 Bestellung von Vertretern des Landkreises in die Wasser- und Bodenverbände 2014/085
- 4.3 Bestellung von Vertretern des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen, Vereinen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen 2014/063-1
hier:
 - 1. Polizeibeirat der Polizeidirektion Süd
 - 2. Benennung von Mitgliedern für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Luckau-Duben
 - 3. Neubenennung eines sachkundigen Einwohners in den Regionalbeirat der Mittelbrandenburgischen Sparkasse
- 4.4 Ordnungsbehördliche Verordnung zur Bestimmung von Kriegsstätten im Landkreis Dahme-Spreewald 2014/090
- 4.5 Petition zur Einrichtung eines Ausländerbeirates 2014/091
- 4.6 Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2014 2014/081

5. Anträge von Fraktionen, Ausschüssen oder Mitgliedern des Kreistages

- | | | |
|-----|--|----------|
| 5.1 | Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen/Gremien
-Berufung eines neuen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus
- Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit
(Antrag der Fraktion CDU/Bauern) | 2014/071 |
| 5.2 | Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen/Gremien
- Benennung von zwei weiteren stellvertretenden Mitgliedern in
den Kreisausschuss
(Antrag der AfD-Fraktion) | 2014/072 |
| 5.3 | Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
- Benennung eines neuen stimmberechtigten Mitgliedes in den
Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus
- Benennung eines neuen 1. Stellvertreters in den Ausschuss für Bauen und Umwelt
- Benennung eines neuen 2. Stellvertreters in den Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur
- Benennung eines neuen 2. Stellvertreters in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit
(Antrag der Fraktion UBL/Wir für KW) | 2014/096 |
| 5.4 | Einbeziehung der Abgeordneten in den Umbau und die Gestaltung des Sitzungssaales des Kreistages | 2014/093 |

6. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

7. Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil:

8. Zur Geschäftsordnung

8.1 zur Tagesordnung

8.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

9. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

10. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Kreistages, **Herr Wille**, eröffnet die 3. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert er Frau Tina Fischer, Frau Sylvia Lehmann und Herrn Stefan Ludwig zur Wahl in den Landtag des Landes Brandenburg.

Weiterhin hat Herr Selbitz ein Jubiläum als Nachwächter von Lübben gefeiert. Seit 20 Jahren führt er Besucher im Laternenschein durch die Stadt. Auch ihm gelten die herzlichsten Glückwünsche.

Ferner habe Herr Puchert aus beruflichen Gründen sein Mandat als Kreistagsabgeordneter niedergelegt. Nachfolger ist Herr Reimann. Es wurde angezeigt, dass sich Herr Reimann der Fraktion UBL/Wir für KW angeschlossen hat.

Herr Wille verpflichtet Herrn Reimann und Frau Fischer, die für die letzte Sitzung entschuldigt war, zur Einhaltung der Verschwiegenheits- und Treuepflichten sowie des Mitwirkungsverbot.

Überdies werde darauf hingewiesen, dass heute Probe-Filmaufnahmen für einen eventuellen Live-Stream erfolgen sollen. Die Aufnahmen seien nur für den internen Gebrauch und werden nicht veröffentlicht.

Entsprechend der Geschäftsordnung des Kreistages sei dies nur möglich, wenn dazu ein mehrheitlicher Beschluss gefasst wird.

Abstimmung: - einstimmig bestätigt -

Der Kreistag genehmigt die Anfertigung von Probe-Filmaufnahmen während der heutigen Sitzung.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Zur Geschäftsordnung

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Wille stellt fest, dass der Kreistag form- und fristgerecht einberufen wurde. Von 57 Kreistagsmitgliedern sind zurzeit 52 anwesend. Damit ist der Kreistag beschlussfähig.

TOP 1.2 zur Tagesordnung

Herr Selbitz weist darauf hin, dass im Ergebnis der letzten Kreisausschusssitzung die Vorlage *Petition zur Einrichtung eines Ausländerbeirates* (Vorl.Nr. 2014/091) von der Tagesordnung genommen und in den Gesundheits- und Sozialausschuss verwiesen wurde. Die Vorlage stehe aber heute unter dem Punkt 4.5 auf der Tagesordnung.

Herr Wille bestätigt, dass der Kreisausschuss so befunden hatte. Die Vorlage wurde jedoch auf der Tagesordnung gelassen, falls im Kreistag noch Diskussionsbedarf besteht.

Herr Selbitz beantragt namens der Fraktion UBL/Wir für KW, die Empfehlung des Kreisausschusses umzusetzen, den Punkt 4.5 von der Tagesordnung zu nehmen und die Vorlage in den Gesundheits- und Sozialausschuss zu überweisen.

Herr Scheetz ist der Ansicht, dass der Kreisausschuss nur eine Empfehlung aussprechen kann und der Kreistag letztendlich darüber befinden muss, ob eine Vorlage in die Ausschüsse verwiesen wird oder nicht.

Herr Wille erwidert, dass der endgültige Beschluss der Verweisung in den Ausschuss formal durch den Kreistag erfolgt. Unter dem Tagesordnungspunkt 4.5 sollte über die Verweisung der Vorlage in den Fachausschuss abgestimmt werden.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Wille erklärt **Herr Selbitz**, dass dennoch über die Streichung des Tagesordnungspunktes 4.5 von der heutigen Tagesordnung abgestimmt werden soll.

Abstimmung über die Streichung des Tagesordnungspunktes 4.5 von der heutigen Tagesordnung:

- bei 21 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt -

Herr Wille stellt fest, dass damit der Punkt 4.5 auf der Tagesordnung verbleibt.

Weitere Anregungen, Ergänzungen oder Hinweise zur Tagesordnung gibt es nicht. Die Arbeit erfolgt in der vorliegenden Fassung.

TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

Zur Niederschrift vom 09.07.2014 liegen keine schriftlichen oder mündlichen Einwendungen vor. Sie gilt damit als anerkannt.

TOP 2. Aktuelle Stunde

TOP 2.1 Bericht des Landrates

„Sehr geehrte Damen und Herren,

am 01.09.2014 hat das neue Ausbildungsjahr begonnen und wir konnten unsere neuen Azubis begrüßen. Neun Jugendliche starteten ihre Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte und Vermessungstechniker.

Derzeit werden übrigens 27 Azubis und Umschüler in drei unterschiedlichen Fachrichtungen ausgebildet. Erstmals in diesem Jahr bekommen auch Quereinsteiger mit dem Wunsch nach beruflicher Neuorientierung die Möglichkeit zur Ausbildung.

Um die Attraktivität der Ausbildung in der Kreisverwaltung weiter zu steigern, werden im nächsten Ausbildungsjahr erstmalig auch die Berufe Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement, IT-System-Kauffrauen und –männer und Informationskauffrauen und –männer ausgebildet.

Einen Ausbildungsplatz für den IT-Bereich konnten wir mangels geeigneter Bewerbungen nicht besetzen.

Drei Azubis, die ausgelernt haben, und eine Umschülerin erhielten ihre Arbeitsverträge.

Am 03.09.2014 fand die Personalversammlung unseres Hauses statt. Die Kritikpunkte, die ich entgegengenommen habe, werde ich zur Erarbeitung von Lösungsansätzen hier und da mit dem Kreistag besprechen.

Zum Bereich Wirtschaft:

Die aktuellen Arbeitslosenzahlen sehen wie folgt aus:

6,4 % Arbeitslosigkeit in unserem Landkreis, davon im Arbeitsamtsbereich Königs Wusterhausen 6,3 %, Luckau 5,3 % und Lübben 7,5 %.

Insgesamt waren 5.631 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 67 Personen weniger als im Vormonat.

Aber: Wir haben bis dato noch etwa 330 freie Lehrstellen hier allein in unserem Amtsbereich in den Zuständigkeiten der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer. Dem entgegen stehen etwa noch 180 nicht vermittelte junge Leute. Dazu wird am 27. September die Ausbildungsmesse des Landkreises Dahme-Spreewald im Oberstufenzentrum in Königs Wusterhausen stattfinden. Ich darf Sie herzlich einladen, die Messe zu besuchen. Im Rahmen eines Pressegesprächs haben wir einen hiesigen Radio-Sender gewinnen können, diesbezüglich auch zu werben. Ich hoffe, dass es viel Resonanz geben wird.

Die 13. Jugendbegegnung *Wir in Europa – Jugend im Dialog* ist erfolgreich zu Ende gegangen. 42 Jugendliche aus unserem Landkreis, dem polnischen Partnerlandkreis Wolsztyn und der Region Sołeczniki (Litauen) verbrachten Anfang August gemeinsam zehn Tage im Kinder- und Jugenderholungszentrum in Wielen im Kreis Wolsztyn. Dabei erweiterten sie ihr Wissen über unsere Kultur und setzten sich mit einer breiten Vielfalt von europäischen Musik- und Tanzarten auseinander.

Die Jugendbegegnung findet seit 13 Jahren im Rahmen der deutsch-polnischen Partnerschaft statt. Ziel des Projektes ist es, junge Menschen aus allen drei Ländern bei der Herausbildung ihrer interkulturellen und sozialen Kompetenzen zu fördern.

Die Projektfinanzierung erfolgt über die Stiftung *Großes Waisenhaus zu Potsdam* und dem deutsch-polnischen Jugendwerk. Beiden Institutionen gilt von hier aus noch einmal ein ganz herzlicher Dank.

Am 23.08.2014 fand der 17. Kreisfeuerwehrtag in Schlepzig statt. Zahlreiche Feuerwehrleute haben sich beteiligt.

Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, dass Kirsten Seide Weltmeisterin geworden ist. Die Weltmeisterschaften fanden in Kasachstan statt. Die 25-jährige Feuerwehrfrau aus der Gemeinde Heideblick holte mit der Frauennationalmannschaft Gold in der Disziplin Löschangriff. In der Gesamtwertung aller Disziplinen belegte die deutsche Vertreterin den dritten Platz.

Eine Statistik über unsere gesamte Feuerwehrsituation hier einzubringen, würde den Zeitrahmen sprengen. Das würde ich dem Fachausschuss überlassen. Gegenwärtig ist der Landkreis aber noch verhältnismäßig gut aufgestellt. Ein herzlicher Dank gilt dem Kreisfeuerwehrverband und der Initiative Wirtschaft, Feuerwehr und Nachwuchs. Da gibt es eine gute Zusammenarbeit.

Seit Jahren ist es auch üblich, die Geschäftsführer unserer Unternehmen und auch der Zweckverbände, an denen wir beteiligt sind, einmal einzuladen, um uns über fachliche Dinge - auch des Haushaltswesens - auszutauschen und Probleme anzusprechen.

Am 10.07.2014 wurde in Königs Wusterhausen im Rahmen des Projektes *FrauenOrte im Land Brandenburg* eine *FrauenOrt-Tafel* enthüllt. Die Gedenktafel am Notte-Kanal erinnert an die Schleusenwärterin Emma Pufahl. Bei dem Projekt geht es darum, bekannte und auch nicht so bekannte Frauen zu würdigen.

Um ziviles Engagement zu bündeln und Handlungsstrategien zur Stärkung einer demokratischen Bürgergesellschaft nachhaltig zu unterstützen, erhält der Landkreis auch in diesem Jahr Fördermittel aus dem aktuellen Bundesprogramm *Toleranz fördern – Kompetenz stärken*.

Das Programm knüpft an das Bundesprogramm *Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie* an, an dem sich der LDS seit vielen Jahren mit einem lokalen Aktionsplan beteiligt.

Der Landkreis selbst hat im laufenden Haushaltsjahr 40.000 Euro für die Unterstützung des *Lokalen Aktionsplanes* vorgesehen.

Am 25.08.2014 startete das berufliche Gymnasium, Fachrichtung Sozialwesen, in den Räumen der Brandenburgischen Schule für Blinde und Sehbehinderte in Königs Wusterhausen. Der Start ist gut gelungen. 30 Mädchen und Jungen, darunter 8 Sehgeschädigte, haben sich für diesen weiterführenden Bildungsweg entschieden.

Am 26.08.2014 hatte das private Gymnasium *Villa Elisabeth* das zwanzigjährige Bestehen gefeiert. Von hier aus noch einmal einen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und alles Gute für die Zukunft.

Das zwanzigjährige Bestehen feierte aber auch das Oberstufenzentrum Dahme-Spreewald. In den zwei Jahrzehnten haben etwa 10.000 Schülerinnen und Schüler diese Einrichtung durchlaufen und sich auf das Berufsleben vorbereitet.

Etwa 16 Mio. Euro hat der Landkreis seit Bestehen des Oberstufenzentrums für die bauliche und fachliche Ausstattung investiert.

Heute werden am Oberstufenzentrum Dahme-Spreewald 1.180 Schülerinnen und Schüler in den verschiedensten Bildungsgängen von 58 Lehrkräften unterrichtet.

Am 09.09.2014 fand in Mittenwalde die Einweihung des zu einem Gedenkort umgestalteten jüdischen Friedhofs statt - eine Initiative der Stadt Mittenwalde, die wir inhaltlich begleiten konnten. Die Sparkasse hatte sich an diesem Projekt finanziell beteiligt.

Die Seniorenakademie der Technischen Hochschule Wildau fand am 12.09.2014 statt. Das Motto lautete *LDS gut für jedes Alter*. Ich hatte die große Ehre, diesmal vortragen zu dürfen. Die Damen und Herren, vor allem die Vertreter unserer Seniorenverbände, haben anschließend viele Fragen an mich gestellt. Ich denke, so eine Veranstaltung ist für unsere Seniorinnen und Senioren ganz wichtig.

Die feierliche Übergabe des Hofjagdweges von Krummensee nach Groß Köris fand am 11.07.2014 statt. Nach mehrmaliger Rückstellung konnte dieses Vorhaben nun umgesetzt werden - die Bauabschnitte 4 und 5 im vergangenen Jahr und der Endabschnitt in diesem Jahr.

Die Gesamtkosten des ca. 11 km langen Hofjagdweges von Krummensee nach Groß Köris belaufen sich auf rund 2,3 Mio. Euro.

Am 27.08.2014 fand die Eröffnung des Erweiterungsbaues eines großen Möbelhauses in Waltersdorf statt. Das Möbelhaus hatte erstmals einen Preis *Goldener Höffi* für Menschen, die das Unternehmen in den vergangenen Jahren gut unterstützt haben, ausgelobt. Zwei Mitarbeiter und der Landkreis Dahme-Spreewald, der das Baugeschehen in den vergangenen Jahren sehr intensiv betreut hat, haben den Preis für ihre verlässliche Arbeit bekommen. Ich war angenehm überrascht.

Glückwunsch auch an die Organisatoren der Brandenburgischen Sommerkonzerte. In der Nikolai-Kirche in Luckau fand mit der Gruppe *Spark* eine bedeutende Veranstaltung statt. Das war am 09.08.2014. Diese Gruppe, die sich Klassikband nennt, hatte ein anspruchsvolles Programm gestaltet.

Das Konzert am BER mit dem Thema *Abheben mit Musik* der Bigband der Deutschen Oper Berlin war ebenfalls eine sehr anspruchsvolle Veranstaltung.

Am 13.08.2014 hat uns der neue australische Botschafter besucht. Die gesamte Leichhardt-Region musste ihm nicht vorgestellt werden, denn er war schon einmal Botschafter in Deutschland. Und so gesehen haben wir auch in Zukunft einen sehr guten Partner bei der gemeinsamen Arbeit an den Leichhardt-Projekten.

Der 16. Spreewälder Gurkentag in Golßen war ebenfalls wieder ein Erfolg. Knapp 20.000 Besucher waren mit dabei. Resümiert wurde nicht nur die Rekordernte von 40.000 Tonnen Gurken in diesem Jahr, sondern es war insgesamt ein gutes Jahr für die Landwirtschaft. Dies hatte auch das 11. Brandenburger Dorf- und Erntefest in Fürstlich Drehna am vergangenen Wochenende bewiesen. Ich war sehr erfreut, dass dieses Mal die Stadt Luckau mit ihrem Ortsteil der Austragungsort war. Der Landkreis hat das Dorf- und Erntefest begleitet.

Es gab meines Erachtens nach auch ein Besucherrekord; Zahlen liegen mir aber leider noch nicht vor.

Unser Landkreis hat sich gemeinsam mit einheimischen Künstlern am 07.09.2014 im Rahmen der Landesausstellung des Landes Brandenburg in Doberlug-Kirchhain präsentiert. Es gab ein buntes Bühnenprogramm mit beliebten Spreewaldmelodien, Tänzen und historischen Kostümen.

Außenstehende meinten, dass das Programm des Landkreises Dahme-Spreewald besonders attraktiv war. Danke noch mal an alle Organisatoren – besonders Frau Schmidt, Frau Köhler und Frau Kuschy.

Die Finissage und Verleihung des Publikumspreises der *Spektrale* fand am 07.09.2014 in Luckau statt. 13 Brandenburgische Künstler und Künstlergruppen zeigten in den Keller gewölben am Schloßberg und in der Kulturkirche zeitgenössische Kunst zum Thema *Woher – Wohin? Auf der Suche nach einer neuen Heimat*. Zahlreiche Besucher nahmen die Gelegenheit wahr, sich die Ausstellung anzusehen. Auch Schulen nutzten dieses kulturelle Angebot und integrierten es in ihren Unterricht.

Erstmals gab es auch eine Kooperation mit zwei Luckauer Schulen. Die Workshops mit den Künstlern der *Spektrale* innerhalb des Unterrichts waren sehr erfolgreich.

Der Bundesinnenminister war am 08.09.2014 im Landkreis zu Gast. In der Schönefelder Feuerwache traf er sich mit Feuerwehrleuten und weiteren Persönlichkeiten aus dem politischen Alltag.

Am 11.09.2014 ging die *aquamediale* des Jahres 2014 zu Ende. Sie stand unter dem Motto *Wetterwechsel*.

Die Theatergruppe der Schule für Blinde und Sehbehinderte vertritt das Land Brandenburg beim 30. Schultheaterwettbewerb der Länder, der vom 14. bis 20.09.2014 stattfindet. Mit dem Stück *Die Unberührbaren* hat es die Schüler-Theatergruppe aus Königs Wusterhausen auf die Bühne nach Saarbrücken geschafft. Der Wettbewerb steht in diesem Jahr unter dem Motto *Grenzgänge*.

Die Unberührbaren ist eine Eigenproduktion der Brandenburgischen Schule für Blinde und Sehbehinderte in KW in Zusammenarbeit mit dem Verein *All Inclusive* – einer jungen Organisation, die für Menschen mit und ohne Handicap arbeitet. Sieben Schülerinnen und Schüler im Alter von 16 bis 18 Jahren schildern die Probleme und Berührungängste eines 13-jährigen sehbehinderten Mädchens, das eine Regelschule besucht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Fragen zum Bericht:

Herr Krause hat bei den Ausführungen zur Eröffnung des Hofjagdweges vermisst, dass es seitens der Anwesenden auch kritische Stimmen gab, die den schlechten Zustand in Groß Körös (innerorts) angemahnt haben. Er hatte in der Vergangenheit ebenfalls schon mehrfach darauf hingewiesen, dass auch in der Stadt Mittenwalde in der Ortslage Krummensee der Weg noch nicht fertig ist.

Unabhängig davon, dass die Kommunen innerorts zuständig sind, sei zu fragen, ob die Verwaltung Möglichkeiten sehe, die Kommunen bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten zu unterstützen. Es gehe schließlich um einen touristischen Weg, für den der Landkreis auch wirbt. Und da sei es teilweise schwierig, den Anliegern die Kosten aufzubürden.

Landrat Loge erwidert, dass es nicht möglich ist, Anliegerbeiträge aus der Kreiskasse zu ergänzen. Es sei denn, der Kreistag fasst einen entsprechenden Beschluss.

Herr Wille ist signalisiert worden, dass Herr Knuffke oder Herr Haverlandt Fotos von ihnen gegenüber sitzenden Abgeordneten gemacht haben. Wenn dem so ist, müsste dafür die Genehmigung der Betroffenen eingeholt werden.

Herr Knuffke erwidert, dass die Fotos vor der Sitzung gemacht wurden – nicht während der Sitzung. Da dürfte es seiner Ansicht nach keine Probleme geben.

Der Landrat hatte in seinem Bericht auch den Gurkentag erwähnt. In diesem Zusammenhang sei zu fragen, ob es irgendwelche Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen gegen Russland auf den Landkreis gibt. Gerade die Landwirtschaft soll ja davon betroffen sein.

Landrat Loge antwortet, dass ihm keine Informationen über gegenwärtige Exportquoten vorliegen.

Herr Ludwig stellt fest, dass Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. bereits vor Sitzungsbeginn fotografiert wurden – zum Teil auch außerhalb dieses Hauses. Kein Mitglied der Fraktion habe jedoch erklärt, dass dazu das Einverständnis vorlag.

Es sei festzustellen, dass hier im Sitzungsraum und schon gar nicht nach Sitzungsbeginn Bildaufnahmen zulässig sind. Herr Knuffke werde aufgefordert, die Bildaufnahmen zu löschen. Ansonsten müsse er damit rechnen, dass sich die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. rechtlich dagegen zur Wehr setzen – inklusive, dass die Kreisverwaltung aufgefordert werden muss, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und diese Bildaufnahmen zu löschen.

Herr Wille nimmt die Ausführungen von Herrn Ludwig zur Kenntnis. Im Moment sei er aber der Auffassung, dass er bei Aufnahmen außerhalb der Sitzung nicht auf das Recht am eigenen Bild eingehen kann. Wenn ein Abgeordneter vor dem Haus steht und jemand macht ein Foto, dann sei dagegen sicherlich schwer etwas zu unternehmen - zumindest nicht durch die Sitzungsleitung bzw. Kreisverwaltung.

Bei ihm war die Information so angekommen, dass über den Tisch fotografiert wurde. Und dagegen hätte er einschreiten müssen.

Herr Ludwig betont noch einmal, dass Herr Knuffke über den Tisch fotografiert hat. Und das gehe gar nicht.

Bei Aufnahmen vor dem Haus teile er die Auffassung von Herrn Wille. Da werden sich die betroffenen Personen selbst schützen müssen.

Herr Wille bittet, die Bilder, die während der Sitzung aufgenommen wurden, zu löschen und nicht für irgendwelche öffentlichen Darstellungen zu nutzen.

Herr Haverlandt erklärt, dass Pressearbeit jedem gleichermaßen möglich sein sollte, ob mit oder ohne Presseausweis.

Die Presse habe im Vorfeld der Sitzungen schon öfter Fotos gemacht und nie wurde etwas beanstandet. Von daher sei es das Gleiche.

Zu erinnern sei auch an die konstituierende Sitzung im Juni, in der die Presse während der Sitzung Fotos von einzelnen Abgeordneten gemacht hatte.

Herr Wille kann sich erinnern, dass alle, die fotografiert wurden, von der Journalistin gefragt wurden, ob sie damit einverstanden sind.

Mit Wohlwollen habe er jedoch zur Kenntnis genommen, dass Herr Knuffke vorhin zustimmend genickt hat.

Frau Mieritz schließt sich dem Dank des Landrates an alle Organisatoren der Präsentation des Landkreises bei der Landesausstellung in Doberlug-Kirchhain an. Auch von ihrer Seite gelte ein spezieller Dank Frau Schmidt.

Sie habe dort auch mit vielen Bürgern sprechen können, deren einhellige Meinung es war, dass der Landrat mit seiner Verwaltung eine exzellente Vorstellung gegeben hat. Es war die bis dahin beste Vorstellung eines Landkreises auf der Landesausstellung.

Herr Wille merkt an, dass das keine Frage zum Bericht des Landrates war.

TOP 2.2 Anfragen der Abgeordneten

Herr Wille weist darauf hin, dass für die heutige Sitzung fünf schriftliche Anfragen vorliegen.

1. *Anfrage von Frau Fischer zur Machbarkeit einer zusätzlichen Bushaltestelle Bahnhof Bestensee – Umsteigebahnhof Königs Wusterhausen*

Die schriftliche Antwort des Landrates ist Frau Fischer mit Schreiben vom 09.09.2014 zugegangen.

2. *Anfrage von Herrn Irmer zum Sachstand Straßenquerung für Fußgänger und Radfahrer an der B 246 – Ortslage Prieros*

Die schriftliche Antwort des Landrates ist Herrn Irmer mit Schreiben vom 09.09.2014 zugegangen.

3. *Anfragen von Herrn Scheetz zur Schulsozialarbeit im Landkreis*

Auf Grund des Umfangs der Fragen wird eine schriftliche Antwort nachgereicht.

4. *Anfragen von Herrn Knuffke zum Asylbewerberheim in Pätz/Bestensee und zur Erhebung des Altanschießerbeitrages*

Herr Saß erklärt, dass der Kreistag über kein allgemeinpolitisches Mandat verfügt. Es bestehe kein Anfragerecht in Bezug auf Ermittlungsverfahren, Strafanzeigen, etc., weil sich diese in Trägerschaft/Verantwortung der Polizei befinden. Insofern könne die Frage zum Asylbewerberheim nicht beantwortet werden.

Landrat Loge ergänzt zur Altanschießerproblematik, dass vom Ministerium des Innern schriftliche Hinweise gegeben wurden, die von der Unteren Kommunalaufsichtsbehörde an die Gemeinden und Zweckverbände weiterzuleiten und umzusetzen waren.

Zusätzlich gab es mehrere Beratungen in Potsdam, bei denen Vertreter des Ministeriums des Innern den Gemeinden, Zweckverbänden und den Unteren Kommunalaufsichtsbehörden Handlungsempfehlungen zur Erhebung von

Altanschießerbeiträgen gegeben haben – auch unter Bezug auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes.

Herr Knuffke möchte wissen, welche Möglichkeiten die Öffentlichkeit überhaupt hat, zu erfahren, in welche Straftaten Asylbewerber verwickelt sind.

Herr Saß erwidert, dass dort nachgefragt werden müsse, wo die Verfahren geführt werden – bei der Staatsanwaltschaft oder der Polizei.

5. *Anfragen von Frau Müller zu erhöhten Uran-Werten im Trinkwasser*

Die Anfrage ging erst vor kurzem im Büro Kreistag ein. Eine schriftliche Antwort wird nachgereicht.

Weiterhin weist **Herr Wille** darauf hin, dass dem Kreistag die Antwort auf die Nachfragen von Herrn Krause zur Nutzung des Gehweges von Schenkendorf nach Königs Wusterhausen vorliegt.

Des Weiteren wurde im letzten Kreisausschuss gefragt, wie die Mitglieder der Regionalen Planungsgemeinschaft, die nicht Mitglieder des Kreistages sind, die Dienstreisen beantragen können.

Dazu sei auszuführen, dass die Dienstreise beim Büro Kreistag angezeigt werden muss. Die Genehmigung erfolgt durch den Kreisausschuss. Die Fahrtkosten übernimmt allerdings die Regionale Planungsgemeinschaft.

Die Genehmigung des Kreisausschusses ist wegen des Versicherungsschutzes erforderlich.

Ferner hatte Herr Selbitz im letzten Kreisausschuss eine Frage zur Verkehrssituation an der B 96/Abzweig Gehren gestellt. Die Antwort wird schriftlich nachgereicht.

Aus dem letzten Kreisausschuss ist eine weitere Anfrage von Herrn Selbitz zum aktuellen Sachstand über die Freigabe des Beginns der Planungsleistungen sowie für den Grundstückserwerb des Jobcenters offen.

Herr Licht, Amtsleiter des Gebäude- und Immobilienmanagements, erklärt, dass diese Anfrage schriftlich beantwortet wird.

Der augenblickliche Planungsstand sei aber so, dass im August die Leistungsphase 2 (Vorentwurf) beauftragt wurde. Daran werde zurzeit gearbeitet.

Die Vorverhandlungen zum Grunderwerb laufen planmäßig, d. h. auch für den Erwerb der Gebäude und Immobilien.

Aus jetziger Sicht ist keine Kostenerhöhung gegenüber der Machbarkeitsstudie zu erkennen.

Mündliche Anfragen:

Schülerbeförderung

Frau Lehmann erinnert, dass es seinerzeit bei der Schulentwicklungsplanung wichtig war, Schulen im ländlichen Raum zu erhalten, u. a. auch die Oberschule *Ludwig Leichhardt* in Goyatz. Alle waren froh, dass auch Schülerinnen und Schüler aus dem Nachbarkreis LOS die Schule angewählt haben. Das habe sich über die Jahre gut entwickelt und die Schule selbst habe sich sehr profiliert. Und so haben sich auch in diesem Jahr Eltern von fünf Schülern aus dem Nachbarkreis für diese Schule entschieden. Jetzt werden sie allerdings damit konfrontiert, dass die Schülerbeförderung nicht mehr finanziert wird.

Der Landkreis hatte gemeinsam mit dem Amt seinerzeit eine Schülerbeförderung finanziert, weil es eben um den Erhalt des Schulstandortes ging.

Es sei zu fragen, wie der Landkreis hier vermittelnd helfen kann und wie der Informationsfluss zu den Eltern bewertet wird.

Herr Saß erklärt, dass das Amt Lieberose/Oberspreewald einen Zuschuss vom Landkreis erhalten hat, weil das Amt vor zehn Jahren, als die Schule gerettet wurde, ein Interesse hatte, die Schüler aus Tauche mit in Goyatz zu beschulen. Der Schülertransport wurde seitdem durch das Amt organisiert und durchgeführt.

Der Landkreis habe in Absprache mit dem Amt den Zuschuss jetzt Schritt für Schritt zurückgefahren, weil die Schule mehr und mehr auf eigenen Füßen steht. Laut telefonischer Information des Amtsdirektors wurden Ende letzten Jahres sowohl die Schule als auch die Eltern informiert.

Rechtlich gebe es aus der Sicht des Landkreises keinen Weg, dort eigenständig einen Schülertransport zu organisieren. Der Landkreis Dahme-Spreewald sei nicht verantwortlich für die Organisation von Schülertransporten aus anderen Landkreisen.

Es sei einzig und allein Sache des Schulträgers – hier des Amtes Lieberose/Oberspreewald – zu entscheiden, ob über die Landkreisgrenzen hinaus transportiert werde oder nicht.

Wenn jetzt Schüler anderer Landkreise bedient werden, stelle sich automatisch die Frage, an anderen Stellen im Landkreis – z. B. im Bereich Königs Wusterhausen/Niederlehme - ebenfalls über die Landkreisgrenzen hinaus zu transportieren.

Frau Weber weist darauf hin, dass der Landkreis eine Schülerbeförderungssatzung hat, auch wenn der Schulträger verantwortlich ist. Es sei zu fragen, ob es Möglichkeiten gibt oder schon einmal Versuche gab, mit benachbarten Landkreisen wie Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz Kooperationsbeziehungen aufzunehmen.

Natürlich sei das mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden, aber es sollte darüber nachgedacht werden, ob die Schülerbeförderungssatzung so verändert werden kann, dass Kooperationsbeziehungen aufgenommen werden können.

Frau Lehmann betont noch einmal, dass der Landkreis vor Jahren regelrecht darum geworben hatte, dass Schüler aus anderen Regionen die Schule in Goyatz anwählen. Es gab eine lange Durststrecke für diesen Schulstandort. Deswegen gab es ja diese Verabredung zwischen Landkreis und Amt. Wenn jetzt plötzlich gesagt werde, die Förderung wird eingestellt, sei das aus Sicht der Eltern keine verlässliche Politik.

Herr Wille geht davon aus, dass sich Fraktionen und vielleicht auch der Fachausschuss der Problematik des „grenzüberschreitenden“ Schülertransports noch einmal annehmen und schauen werden, ob an der Schülerbeförderungssatzung etwas geändert werden kann. Offensichtlich habe hier auch der Informationsfluss von der einen oder anderen Seite zu den Eltern nicht so richtig funktioniert. Dadurch sei für die Betroffenen eine sehr betrübliche Situation entstanden.

Herr Wille unterbricht den Tagesordnungspunkt 2.2 und ruft um 17:00 Uhr den Tagesordnungspunkt 3 - Einwohnerfragestunde - auf.

TOP 3. Einwohnerfragestunde

Schriftliche Anfragen von Einwohnern liegen nicht vor.

Herr Vogt aus dem Luckauer Ortsteil Gießmannsdorf erklärt, dass es seit Jahresbeginn eine Ungleichbehandlung in den Abfahrtzyklen der Gelben Tonne zwischen Stadt (2-Wochen-Rhythmus) und Land (4-Wochen-Rhythmus) gibt. Das sei ja allen bekannt.

Der Kreistag hatte ein Schreiben an die zuständige Firma Reclay verabschiedet, diese Entscheidung wieder rückgängig zu machen. Nach seiner Kenntnis wurde das jedoch negativ beschieden.

Es sei zu fragen, welche Möglichkeiten die Abgeordneten des Kreistages oder der Landrat haben, noch einmal einzugreifen, dass die Ungleichbehandlung der Dörfer wieder rückgängig gemacht wird.

Herr Wille wurde signalisiert, dass sich der zuständige Fachausschuss noch einmal dieses Themas annehmen will. Auch beim Kommunalen Abfallentsorgungsverband Niederlausitz (KAEV) werde die Diskussion weitergeführt. Das Ergebnis sei allerdings offen.

Herr Braschwitz, Amtsleiter des Umweltamtes, ergänzt, dass in den Gremien des KAEV zu diskutieren sein wird, inwieweit über die Abstimmungserklärung, die der KAEV mit den Systembetreibern des Dualen Systems führt, eine Lösungsvariante gefunden werden kann. Über die Abgeordneten des Kreistages werde sich seiner Meinung nach keine Lösung finden, weil da kein rechtlicher Zusammenhang besteht.

Weitere Wortmeldungen von Einwohnern des Landkreises gibt es nicht. **Herr Wille** ruft zur weiteren Abarbeitung des Tagsordnungspunktes 2.2 auf.

weiter mit TOP 2.2

Radweg in Schenkendorf

Herr Krause bezieht sich auf den Satz „Einen Ausweg gibt es nur, wenn sich alle Beteiligten vor der eigentlichen Planung zusammensetzen und die Möglichkeiten des Baues und der Beschilderung abstimmen.“ in der Antwort auf seine Nachfrage zur Nutzung des Gehweges von Schenkendorf nach Königs Wusterhausen und erklärt dazu, dass er davon ausgehen müsse, dass bei der Planung bestimmte Sachen nicht berücksichtigt wurden, um den Weg auch als Radweg zu nutzen. Es stelle sich auch die Frage, warum versäumt wurde, eine Querungshilfe vor dem Kreisverkehr einzubauen. Bei anderen Radwegen gebe es ja schließlich auch Querungshilfen vor Ortsteilen oder an neuralgischen Punkten.

Dass darauf hingewiesen werde, kostengünstig auszuschreiben und zu planen, könne er an dieser Stelle aus Sicherheitsgründen nicht nachvollziehen. Es sei zu fragen, welche Möglichkeiten bestehen, an dieser Kreis- und Landesstraße zielführend zum Punkt zu kommen.

Herr Starke antwortet, dass in den vergangenen Jahren aus Kostengründen relativ schmale Wege gebaut wurden. Die Rechtsprechung habe sich in den letzten Jahren auch sehr stark gewandelt. Es gebe verschiedene Empfehlungen zu Mindestmaßen von Radwegen. Von den Gerichten werde darauf geachtet, dass gewisse großzügige Mindestbreiten vorhanden sind, ehe die Wege als Pflichtradwege ausgeschildert werden. Am Ende stehen dahinter natürlich auch Haftungsfragen.

Schülerfahrausweise

Für **Herrn Krüger** ist es unverständlich, dass zum Schuljahresbeginn eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern noch nicht im Besitz von Schülerfahrausweisen waren. Den Busfahrern sei es zu verdanken, dass sie nicht auf der Straße stehen geblieben sind. Es sei zu fragen, wie gesichert werden soll, dass die Kinder im nächsten Schuljahr pünktlich ihre Fahrausweise erhalten.

Im Übrigen war nach Aussagen der Eltern auf die Nachfrage, wo denn die Schülerfahrausweise bleiben, die erste Frage, ob sie denn überhaupt schon den Eigenanteil

bezahlt hätten. Bis zum letzten Ferientag wurde aber die Einzahlung der entsprechenden Beträge gestattet.

Das kann keine Arbeit mit den Bürgern sein. Er erwarte, dass eine vernünftige Arbeit geleistet wird.

Herr Saß erwidert, dass mit Stand heute 7.544 Anträge bearbeitet wurden, davon 700 im Schülerspezialverkehr. Seit Beginn des Schuljahres wurden noch 465 Anträge eingereicht, die derzeit bearbeitet werden. Da gab es am ersten Schultag natürlich Probleme.

Aktuell gebe es auch 176 Antragsteller, die zwar einen Bescheid bekommen haben, aber den Eigenanteil noch immer nicht bezahlt haben. Sie haben sich auch nicht gemeldet, dass es irgendwelche Schwierigkeiten gibt. Folgerichtig haben sie auch noch keinen Fahrausweis.

Außerdem wurde in diesem Jahr die Software umgestellt. Dadurch entstanden ebenfalls Probleme. Zahlungen konnten Bescheiden nicht zugeordnet werden, wenn kein Verwendungszweck angegeben wurde oder etwas anderes nicht stimmte. Bei der Übertragung an die Regionale Verkehrsgesellschaft, die dann die Schülerfahrausweise druckt, wurden diejenigen auch nicht übermittelt.

Es sei völlig klar, dass für die Betroffenen eine verdrießliche Situation entstanden ist, für die er sich nur entschuldigen könne. Die zuständigen Mitarbeiter stehen auch in den nächsten Tagen für die Eltern zur Verfügung, um Probleme schnellstmöglich auszuräumen.

Straßenquerung Ortslage Prieros

Herr Irmer bezieht sich auf das Schreiben der Verwaltung auf seine Anfrage zum Sachstand Straßenquerung für Fußgänger und Radfahrer in der Ortslage Prieros und erklärt, dass mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben werden. Relativ trocken werde statisch vorgewiesen, dass die tägliche Fahrzeugfrequentierung rückläufig ist. Allerdings deuten die glatten Nullen darauf hin, dass eine sehr vage Zählung vorgenommen wurde. Deshalb würde er das gerne etwas genauer erklärt haben.

Im Schreiben sei auch die Rede davon, dass die Fußgängerfrequentierung gegenüber 2004 nicht zugenommen hat. Das könne er sich nur schwer vorstellen, zumal die Einwohnerzahlen in Prieros steigen.

Alles in allem möchte er sich ein relativ neutrales Bild machen und es sei zu fragen, wie seitens der Kreisverwaltung die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Heidesee bewertet wird. Einige Passagen im Antwortschreiben lassen vermuten, dass es da ein paar Differenzen gibt.

Herr Starke antwortet, dass nicht mehr hinzugefügt werden kann als im Antwortschreiben steht. Seit dem Jahr 2000 werden dort regelmäßig an den verschiedensten Wochentagen und zu den verschiedensten Jahreszeiten Zählungen durchgeführt, weil immer wieder Anträge für eine Fußgängerampel kommen. Die Zahlen können dem Antwortschreiben entnommen werden. Sie werden aber ständig angezweifelt.

Vor einiger Zeit hatten Eltern aus der Gemeinde in einer Einwohnerfragestunde im Kreistag genau das gleiche Thema vorgestellt. Die Gemeinde habe auch den Minister zu diesem Thema angeschrieben.

Kreisverwaltung und Gemeinde befinden sich ständig im Gespräch. Natürlich ist die Gemeinde genauso unzufrieden mit den Antworten der Kreisverwaltung, aber die Fakten, die solche Zählungen ergeben, und die Rechtslage können nicht ignoriert werden – so verständlich das Anliegen menschlich auch sei.

Preiserhöhung Tickets VBB

Herr Kleinwächter hat den Medien entnommen, dass im Oktober eine Sitzung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg stattfinden wird, in der u. a. auch über eine Preiserhöhung bei den Tickets abgestimmt werden soll. Der Landrat sei zu fragen, was seine Abstimmungsintention ist.

Ferner sei zu fragen, womit sich eine Preiserhöhung tatsächlich begründet, zumal in den Medien übermittelt wurde, dass die Kosten angeblich nicht wesentlich gestiegen sind. Es sei auch zu fragen, ob jemals Mehrfahrtenkarten im Sinne von den Viererkarten, die es ja im System AB gibt, auch für ABC oder BC, oder eben Verbindungen innerhalb des Landkreises thematisiert wurden. Würde das noch einmal zu einer Verteuerung der ohnehin schon teuren Strecken im Landkreis führen? Luckau – Schönefeld liege z. B. auch schon bei sieben Euro. Seiner Auffassung nach sollte kein Verhalten sanktioniert werden, das eigentlich gefördert werden soll, nämlich dass die Bürger öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Landrat Loge empfiehlt Herrn Kleinwächter, Vergleiche mit anderen Verkehrsverbänden heranzuziehen. Es sei nicht gut, wenn Brandenburger immer schlecht von sich reden und dabei nicht berücksichtigen, was die Nachbarn tun.

Die Errungenschaft, das ABC-Ticket jetzt mittlerweile schon bis z. B. Kablow zu benutzen, wurde hart erarbeitet. Für 3,20 Euro von Kablow bis Berlin-Hauptbahnhof zu fahren, sei für einen großen Teil der Bevölkerung im Landkreis ein Fortschritt. Für den ländlichen Bereich - da habe Herr Kleinwächter schon Recht - werde weiter daran gearbeitet, die Preiserhöhungen, wenn sie denn aus betriebsökonomischen Gründen notwendig sind, im Rahmen zu halten.

Seit längerem werde auch daran gearbeitet, die Geschäftsführung des VBB zu bewegen, Preiserhöhungen vom offiziellen bundesweiten Preisindex abhängig zu machen. Das erspare eine ständige Diskussion und den Vorwurf, willkürlich zu handeln.

Wie er sich persönlich im Aufsichtsrat zu den geplanten Preiserhöhungen positionieren werde, könne er im Moment nicht sagen, weil ihm dazu noch keine Unterlagen vorliegen.

Herr Starke ergänzt, dass schon seit Gründung des VBB die Geschäftsführung laut Gesellschaftsvertrag eigentlich berechtigt ist, selbstständig Fahrpreiserhöhungen im Rahmen der allgemeinen Preissteigerungsrate vorzunehmen. Da gebe es sehr spitze Diskussionen, welcher „Warenkorb“ zugrunde gelegt werde.

Der Aufsichtsrat soll darüber entscheiden, wie sich dieser Preisindex zusammensetzt. Auch das Thema, inwiefern Personalkosten Berücksichtigung finden, soll noch einmal diskutiert werden. Die Tendenz gehe eher dahin, Erhöhungen bei den Personalkosten nicht zu berücksichtigen. Wesentlicher Kostenfaktor für den VBB seien aber die Energiepreise, bei denen es im Gegensatz zur Entwicklung der Fahrpreise in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung gab.

Herr Kleinwächter bittet Landrat Loge, sein Abstimmungsverhalten rechtzeitig mitzuteilen und die Begründung für diese Preiserhöhung entsprechend zusammenzufassen. Das halte er für sehr wichtig, denn die Bürger werden ärgerlich, wenn sie Erhöhungen am Fahrkartenautomaten bemerken, die nicht ausreichend begründet werden können.

Landrat Loge sagt eine entsprechende Information zu.

TOP 4. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreistag

TOP 4.1 Neubestellung von Mitgliedern des Kreissenorenbeirates zur Mitwirkung im Kreisausschuss sowie im Gesundheits- und Sozialausschuss, Vorl.Nr. 2014/089

Herr Selbitz möchte wissen, ob der Internet-Auftritt des Landkreises für die Richtlinien der Kreissenienarbeit inzwischen aktualisiert wurde.

Herrn Wille ist signalisiert worden, dass dies noch nicht erfolgt sei. Es werde daran gearbeitet.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/089**

Der Kreistag beschließt:

- 1. Herrn Wolfgang Grunert und Frau Bärbel Schmidt als seine Stellvertreterin werden mit Wirkung vom 18.09.2014 die gemäß der Geschäftsordnung des Kreistages vorgesehenen Rechte des Kreissenienbeirates für die Teilnahme an den Sitzungen des Kreisausschusses für die laufende Kommunalwahlperiode eingeräumt.**
- 2. Herr Horst Brodatzki und in seiner Abwesenheit Frau Melitta Büttner werden mit Wirkung vom 18.09.2014 die gemäß der Geschäftsordnung des Kreistages vorgesehenen Rechte des Kreissenienbeirates für die Teilnahme an den Sitzungen des Gesundheits- und Sozialausschusses für die laufende Kommunalwahlperiode eingeräumt.**
- 3. Die im Rahmen der Teilnahme an den o. g. Sitzungen anfallenden Auslagen werden auf Antrag nach den für die Mitglieder der Ausschüsse geltenden Grundsätzen der Aufwandsentschädigungssatzung erstattet.**

TOP 4.2 Bestellung von Vertretern des Landkreises in die Wasser- und Bodenverbände, Vorl.Nr. 2014/085

Es besteht kein Redebedarf.

**Abstimmung: - bei 5 Stimmenthaltungen einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/085**

Der Kreistag bestellt folgende Bedienstete der Kreisverwaltung als Vertreter des Landkreises in die Verbandsversammlungen der Wasser- und Bodenverbände:

- 1. Wasser- und Bodenverband „Dahme Notte“**
Vertreter: Herr Helge Albert (SGL -67-)
Stellvertreter: Herr Wolfgang Braschwitz (AL -67-)
- 2. Gewässerunterhaltungsverband „Obere Dahme/Berste“**
Vertreter: Herr Wolfgang Braschwitz (AL -67-)
Stellvertreter: Herr Helge Albert (SGL -67-)
- 3. Wasser- und Bodenverband „Mittlere Spree“**
Vertreter: Herr Helge Albert (SGL -67-)
Stellvertreter: Herr Wolfgang Braschwitz (AL -67-)
- 4. Wasser- und Bodenverband „Nördlicher Spreewald“**
Vertreter: Herr Wolfgang Braschwitz (AL -67-)
Stellvertreter: Herr Helge Albert (SGL -67-)

5. **Wasser- und Bodenverband „Oberland Calau“**
Vertreter: Herr Jürgen Bock (SB untere Wasserbehörde)
Stellvertreter: Frau Mareike Block (SB untere Wasserbehörde)
6. **Gewässerverband „Kleine Elster-Pulsnitz“**
Vertreter: Frau Mareike Block (SB untere Wasserbehörde)
Stellvertreter: Herr Jürgen Bock (SB untere Wasserbehörde)

TOP 4.3 Bestellung von Vertretern des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen, Vereinen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen hier:

1. **Polizeibeirat der Polizeidirektion Süd**
2. **Benennung von Mitgliedern für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Luckau-Duben, Vorl.Nr. 2014/063-1**
3. **Neubenennung eines sachkundigen Einwohners in den Regionalbeirat der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Vorl.Nr. 2014/063-1**

Herr Wille weist darauf hin, dass zu dieser Vorlage Austauschseiten mit den bereits im Kreisausschuss und teilweise danach bekanntgegebenen Vorschlägen der Fraktionen zugesandt wurden.

Die einzelnen Beschlusspunkte werden getrennt zur Abstimmung aufgerufen.

Herr Kolan erklärt, dass sich inzwischen noch eine Änderung ergeben hat. Im Polizeibeirat dürfen nur Kreistagsabgeordnete mitarbeiten. Herr Linke ist nicht mehr Kreistagsabgeordneter, so dass die Fraktion SPD/Grüne nunmehr Herrn Dr. Manfred Sternagel als Mitglied und Herrn Jürgen Mertner als dessen Stellvertreter benennt.

Auf entsprechende Nachfrage von **Herrn Wille** benennen die Fraktionen die anderen noch fehlenden Mitglieder und Stellvertreter.

Abstimmung über den Beschlusspunkt 1:

- bei 2 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -

Abstimmung über den Beschlusspunkt 2:

- bei 2 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -

Abstimmung über den Beschlusspunkt 3:

- bei 2 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -

Beschl.Nr. KT 2014/063-1

Der Kreistag beschließt:

1. **Der Kreistag bestellt für die Dauer der Wahlperiode folgende Mitglieder und deren Stellvertreter in den Polizeibeirat der Polizeidirektion Süd:**

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter
SPD/Grüne	Dr. Manfred Sternagel	Jürgen Mertner
CDU/Bauern	Joachim Kolberg	Peter Dittrich
DIE LINKE.	Falko Brandt	Karin Weber

2. Der Kreistag benennt für die Dauer der neuen Amtsperiode folgende Mitglieder für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Luckau-Duben:

Fraktion	Mitglied
SPD/Grüne	Wolfgang Luchmann
	Lothar Treder-Schmidt
CDU/Bauern	Margret Keller
DIE LINKE.	Karin Weber

3. Der Kreistag benennt für die Dauer der Wahlperiode folgenden sachkundigen Bürger für den Regionalbeirat Dahme-Spreewald der MBS:

Fraktion	sachkundiger Bürger
CDU/Bauern	Sebastian Erleben

TOP 4.4 Ordnungsbehördliche Verordnung zur Bestimmung von Kriegsstätten im Landkreis Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2014/090

Es besteht kein Redebedarf.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/090**

Der Kreistag beschließt die ordnungsbehördliche Verordnung zur Bestimmung von Kriegsstätten im Landkreis Dahme-Spreewald.

TOP 4.5 Petition zur Einrichtung eines Ausländerbeirates, Vorl.Nr. 2014/091

Herr Selbitz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache und Verweisung in den Gesundheits- und Sozialausschuss, wie vom Kreisausschuss empfohlen wurde.

Herr Treder-Schmidt spricht dagegen. Er sehe keinen Anlass, dieses Thema heute nicht zu diskutieren. Andere Fraktionen haben ebenfalls signalisiert, dass sie das Gespräch führen wollen. Insofern bitte er, den Antrag von Herrn Selbitz abzulehnen.

**Abstimmung über den Antrag auf Schluss der Aussprache und Verweisung in den Gesundheits- und Sozialausschuss:
- bei 20 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich abgelehnt -**

Herr Selbitz stellt namens der Fraktion UBL/Wir für KW einen Antrag auf eine zehnminütige Auszeit.

Herr Wille erwidert, dass ohnehin eine Sitzungspause beabsichtigt sei.

- Pause von 17:45 Uhr bis 18:25 Uhr -

Im Anschluss an die Pause teilt **Herr Wille** mit, dass zwischenzeitlich die Wohnanschrift des Petenten vorliegt, so dass auch ein entsprechender Bescheid erteilt werden kann. Der Petent wohnt nicht im Landkreis Dahme-Spreewald.

Ferner seien im Beschlusstext eigenständig folgende Änderungen vorzunehmen:

Im Beschlusspunkt 1 ist die Formulierung „*Leiter von Integrationskursen*“ in „**Träger von Integrationskursen**“ abzuändern.

Im Beschlusspunkt 2 ist nach „unterrichten“ ein Komma zu setzen und danach wie folgt weiterzuschreiben: „*sofern der Adressat zu ermitteln ist.*“ Das ist inzwischen ja gelungen, aber es sei unschädlich, wenn es so stehen bleibt.

Zur Vorlage liegt ein Antrag der Fraktion SPD/Grüne vor. Dieser wurde bereits im Kreisausschuss beraten. Die Verwaltung und der Landrat sind dem Antrag beigetreten.

Der Kreisausschuss hatte die Empfehlung auf Verweisung in den Gesundheits- und Sozialausschuss gegeben, um die Vorlage dort mit allem bis dahin gesammelten Material, das zu weiteren Informationen führt, zu beraten. Insofern wäre ebenfalls eigenständig als Beschlusspunkt 3 einzufügen: „*Die Vorlage wird in den Gesundheits- und Sozialausschuss verwiesen.*“

Herr Treder-Schmidt begründet namens der Fraktion SPD/Grüne, dass der Antrag der Fraktion gegenüber der Verwaltungsvorlage sehr viel weiter gefasst wurde. Die Fraktion halte es für legitim, über die Frage eines Beirates nachzudenken, obwohl sich die Gleichstellungsbeauftragte mit ihren Mitarbeitern bereits mit den Problemen der ausländischen Mitbürger im Landkreis befasst.

Die Petition sollte als Chance wahrgenommen werden, noch einmal zu prüfen, ob irgendwo etwas verbessert werden kann. Im Kern gehe es dabei nicht nur um die Asylanten, sondern auch darum, ausländische Fachkräfte und Auszubildende zu gewinnen. Deshalb solle z. B. auch die IHK einbezogen werden.

Herr Dr. Kuttner merkt an, dass die Fraktion CDU/Bauern ursprünglich die Vorlage der Verwaltung begrüßt hatte, weil davon ausgegangen wurde, dass nicht recherchiert werden müsse, wenn der Petent seinen Namen nicht preisgeben will. Inzwischen sei die Fraktion aber zu der Überzeugung gelangt, dass der Vorschlag der Fraktion SPD/Grüne der elegantere ist. Dieser werde als Arbeitsauftrag an die Verwaltung (Ausländerbeauftragte) verstanden. Das Ergebnis müsse jetzt abgewartet werden.

Herr Kleinwächter erklärt, dass die AfD-Fraktion dagegen ist, dem Antrag von SPD/Grüne zu entsprechen. Die Begründung, die gerade gegeben wurde, war reichlich weitgehend und undifferenziert. Eine Beteiligung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sei ein anderes Thema als die Anwerbung ausländischer Fachkräfte.

Die AfD-Fraktion schätzt zudem ein, dass es eine große bürokratische Aufgabe wäre, einen solchen Ausländerbeirat einzurichten. Dessen Sinn sollte auch unter dem Aspekt diskutiert werden, dass von den ungefähr 4.000 Migrantinnen und Migranten viele aus EU-Staaten kommen. Sie haben in ihren Herkunftsländern ebenfalls die Möglichkeit der demokratischen Teilhabe.

Demokratische Teilhabe funktioniere auch über Parteien oder Vereine. Die AfD würde sich vornehmlich dafür einsetzen wollen, einen Verein zu gründen oder die interessierten Personen bei der Gründung eines Vereins zu unterstützen, damit sie ihre politischen Interessen artikulieren können.

Die Abgeordneten müssten sich überlegen, wie Ausländerpolitik allgemein im Kreistag gestaltet werden kann. Das lasse sich aber in einer solchen Sammelvorlage sicherlich nicht bewerkstelligen.

Für **Herrn Reimann** zeigt die Debatte, wie wichtig eine Behandlung im Fachausschuss ist, um letzten Endes eine Entscheidung zu treffen. Er stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache und Überweisung der Petition in den Gesundheits- und Sozialausschuss.

Herr Haverlandt fragt nach, ob es zulässig sei, zu einer Vorlage zweimal denselben Geschäftsordnungsantrag zu stellen.

Herr Wille ist der Auffassung, dass der Antrag in der Form, wie er jetzt von Herrn Reimann gestellt wurde, zulässig war.

**Abstimmung über den Antrag auf Schluss der Aussprache und Verweisung in den Gesundheits- und Sozialausschuss: - bei 5 Nein-Stimmen mehrheitlich bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/091**

Der Kreistag beschließt:

Die Petition wird in den Gesundheits- und Sozialausschuss verwiesen.

TOP 4.6 Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2014, Vorl.Nr. 2014/081

Herr Wille weist darauf hin, dass zu den finanziellen Auswirkungen, die aus der Änderung des Stellenplanes resultieren, ein Schreiben vom 10.09.2014 übergeben wurde.

Herr Kaiser erinnert, dass die Verwaltung bis zur Kreistagssitzung Informationen zum Krankenstand zuarbeiten wollte. So wurde es jedenfalls im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit gesagt. Er hätte heute gern zumindest einen Kurzüberblick.

Landrat Loge antwortet, dass sich der Landkreis Dahme-Spreewald nicht von vergleichbaren anderen öffentlichen Verwaltungen unterscheidet. Im Jahr 2011 wurde mit dem Führen der Krankenstatistik begonnen. Bisher fehlten im Durchschnitt in jedem Jahr täglich 65 Mitarbeiter durch Krankheit. Dazu kommen noch etwa 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Mutterschutz sind bzw. das Erziehungsjahr in Anspruch nehmen.

Bei 815 Mitarbeitern fallen durchschnittlich 18,5 Krankentage pro Mitarbeiter an.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl. Nr. KT 2014/081**

Der Kreistag beschließt den Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2014 in der vorliegenden Fassung.

TOP 5. Anträge von Fraktionen, Ausschüssen oder Mitgliedern des Kreistages

- TOP 5.1 Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen/Gremien**
- **Berufung eines neuen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus**
 - **Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit**
- (Antrag der Fraktion CDU/Bauern), Vorl.Nr. 2014/071**
-

Herr Wille bittet, den Vornamen von Herrn Sell selbständig auf **Marco** zu ändern.

**Abstimmung: - bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/071**

Der Kreistag beschließt:

- 1. Frau Henriette Kersten wird anstelle von Herrn Frank Kerber als sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus berufen.**
- 2. Herr Marco Sell wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit berufen.**

TOP 5.2 Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen/Gremien
- Benennung von zwei weiteren stellvertretenden Mitgliedern in den
Kreisausschuss
(Antrag der AfD-Fraktion), Vorl.Nr. 2014/072

Es besteht kein Redebedarf.

**Abstimmung: - bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/072**

Der Kreistag beschließt:

- 1. Herr Norbert Kleinwächter wird als 2. stellvertretendes Mitglied in den Kreisausschuss bestellt.**
- 2. Herr Steffen Kotré wird als 3. stellvertretendes Mitglied in den Kreisausschuss bestellt.**

TOP 5.3 Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
- Benennung eines neuen stimmberechtigten Mitgliedes in den Aus-
schuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus
- Benennung eines neuen 1. Stellvertreters in den Ausschuss für Bauen
und Umwelt
- Benennung eines neuen 2. Stellvertreters in den Ausschuss für Bil-
dung, Sport und Kultur
- Benennung eines neuen 2. Stellvertreters in den Ausschuss für Finan-
zen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit
(Antrag der Fraktion UBL/Wir für KW, Vorl.Nr. 2014/096)

Es besteht kein Redebedarf.

**Abstimmung: - bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/096**

Der Kreistag beschließt:

1. Herr Michael Reimann wird anstelle von Herrn Stefan Puchert als neues stimmberechtigtes Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus berufen.
2. Herr Michael Reimann wird anstelle von Herrn Stefan Puchert als erstes stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bauen und Umwelt berufen.
3. Herr Michael Reimann wird anstelle von Herrn Stefan Puchert als zweites stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur berufen.
4. Herr Michael Reimann wird anstelle von Herrn Stefan Puchert als zweites stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit berufen.

**TOP 5.4 Einbeziehung der Abgeordneten in den Umbau und die Gestaltung des Sitzungssaales des Kreistages
(Antrag der Fraktion CDU/Bauern), Vorl.Nr. 2014/093**

Herr Wille informiert, dass sich die Fraktionen UBL/Wir für KW und SPD/Grüne dem Antrag der Fraktion CDU/Bauern angeschlossen haben.

Im Kreisausschuss wurde sich darauf verständigt, den Beschlusstext wie folgt zu ändern:
„Unter Leitung des Vorsitzenden des Kreistages wird eine Arbeitsgruppe aus bis zu zwei Mitgliedern je Fraktion gebildet.“

Herr Dr. Kuttner begrüßt, dass sich weitere zwei Fraktionen angeschlossen haben. Damit werde der Kreis der Unterstützer des Antrages größer.

Die im Antrag genannten Punkte sind nur Gedankenanstöße. In der Arbeitsgruppe soll vor allem über die künstlerische Gestaltung des Kreistagssaales geredet und nicht in Belange des Denkmalschutzes oder der Statik eingegriffen werden. Es solle aber auch geschaut werden, inwieweit diese oder jene Forderung finanziell überhaupt leistbar ist.

Herr Dr. Deutschländer, in der vergangenen Wahlperiode Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Umwelt, ist gegen den Antrag. Von der Verwaltung wurde das Vorhaben im Ausschuss sehr detailliert vorgestellt.

Der Ausschuss hatte auch überlegt, das Zwischenergebnis dem Kreistag vorzustellen, sich dann aber dagegen entschieden, weil die Maßnahme innerhalb der Verwaltung in guten Händen ist. Er sehe keinen Grund, warum jetzt eine Arbeitsgruppe gebildet werden soll. Von jeder Fraktion arbeiten kompetente Vertreter im Ausschuss.

Wenn es aber zur Bildung dieser Arbeitsgruppe kommt, könnte er sich vorstellen, dass seitens der Fraktion DIE LINKE. Frau Müller und Frau Laugsch (Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Umwelt) delegiert werden.

Herr Kolan weist ebenfalls darauf hin, dass es in der Arbeitsgruppe vorrangig um kreative Ideen zur Ausgestaltung des Kreistagssaales und nicht so sehr um bauliche Dinge geht. Da seien weniger die reinen Bauingenieure als die kreativen Köpfe gefragt.

Im Übrigen hätte er sich schon gewünscht, dass der Fachausschuss den Kreistag über den Stand der Dinge informiert.

Frau Müller verwahrt sich dagegen, dass es im Fachausschuss vielleicht Leute geben könnte, die kein künstlerisches Verständnis haben oder nicht schöpferisch tätig sein können.

Überdies sei sie der Auffassung, dass mit der Zeit der Abgeordneten verantwortungsbewusster umgegangen werden sollte. Der Fachausschuss begleitet die

Maßnahme sowieso. Eine weitere Arbeitsgruppe würde einen zusätzlichen Zeitaufwand bedeuten.

Herr Irmer betrachtet die im Antrag aufgeführten Punkte als erste Anregungen, was von einem neu gestalteten Kreistagssaal erwartet wird. Vielleicht kommen im Laufe der weiteren Diskussionen noch einige dazu. Allerdings sei zu fragen, welchen Charakter die in der Arbeitsgruppe getroffenen Festlegungen haben sollen. Nur Papier zu beschreiben sei das Eine, auf der anderen Seite stehe aber die Frage, ob auch alles finanzierbar sei. Darüber müsste vielleicht noch genauer nachgedacht werden.

Herr Wille erwidert, dass die Hinweise aus der Arbeitsgruppe nur empfehlenden Charakter haben.

Herr Kleinwächter erklärt, dass sich die AfD-Fraktion der Argumentation der Fraktion DIE LINKE. anschließt, weil eine freie Arbeitsgruppe letztendlich ihre Arbeitsergebnisse dem Fachausschuss vorstellt, der seine Empfehlungen wiederum dem Kreistag übermitteln muss.

Die AfD würde eher für eine gesonderte Ausschusssitzung zur künstlerischen Gestaltung des Kreistagssaales plädieren. Sollte sich tatsächlich ein Ausschussmitglied nicht in der Lage sehen, kreative Dinge zu beurteilen, könnte vielleicht der Stellvertreter die Sitzung wahrnehmen. Auf alle Fälle wäre es sinnvoll, wenn der Ausschuss in dieser Sache weiterarbeitet und letztendlich einen Antrag vorbereitet, dem der Kreistag dann guten Gewissens zustimmen kann.

Abstimmung unter Beachtung des geänderten Beschlusstextes:

- bei 27 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -

Beschl.Nr. KT 2014/093

Der Kreistag beschließt:

Unter Leitung des Vorsitzenden des Kreistages wird eine Arbeitsgruppe aus bis zu zwei Mitgliedern je Fraktion gebildet.

TOP 6. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

TOP 7. Verschiedenes

Schlüssel gefunden

Herr Wille informiert, dass nach der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt ein Schlüssel in der Landstube gefunden wurde. Wer einen Schlüssel vermisst, möge sich bitte im Büro Kreistag melden.

Sonderzug zum Spreewaldfest

Herr Wille weist darauf hin, dass anlässlich des Spreewaldfestes am 20.09.2014 eine Fahrt mit einem Sonderzug mit historischer Dampflokomotive von Poznan nach Lübben organisiert wurde. Um 8:30 Uhr fahren Busse von den Bahnhöfen Lübben und Königs Wusterhausen nach

Guben. Sie werden dort gegen 10:00 Uhr eintreffen. Dann kann in den Sonderzug eingestiegen werden, der über Cottbus nach Lützen fährt.
Es gibt noch einige Fahrkarten. Kurzentschlossene sollten sich im Büro Kreistag oder direkt im Europareferat des Landkreises, Frau Kleiner, melden.

Busanschlüsse Bahnhof Uckro und Breitbandverkabelung

Herr Graßmel ist von der Interessengemeinschaft der Pendler Bahnhof Luckau/Uckro beauftragt worden, nachzufragen, inwiefern der Kreistag Einfluss nehmen kann, dass die Fahrzeiten der Busse den Zeiten der ab- und einfahrenden Züge angepasst werden. Es handelt sich immer nur um Minuten.

Weiterhin werde die Breitbandverkabelung im Berliner Raum kräftig vorangetrieben und durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft unterstützt. Im ländlichen Raum gebe es dagegen Schwierigkeiten. Betroffen sei u. a. das Industriegebiet Alteno. Firmen wie Wolff-Kran haben Probleme, z. B. Baupläne weltweit hin- und herzuschicken.
Es sei zu fragen, inwieweit sich die Wirtschaftsförderungsgesellschaft darum kümmern könnte, dass die Verkabelung im Sinne der Wirtschaftsförderung vorangetrieben wird.

Herr Starke antwortet zu den Busanschlüssen, dass der Kreistag rein formell betrachtet keine einzelnen Linien der Regionalen Verkehrsgesellschaft beschließen kann. Das Thema wurde aber in der letzten Gesellschafterversammlung angesprochen. Der Geschäftsführer der Regionalen Verkehrsgesellschaft hatte dazu auch schon in der Stadtverordnetenversammlung von Luckau gesprochen. Mit dem nächsten Fahrplanwechsel soll es entsprechende Veränderungen geben.

Zurzeit werde auch der neue Nahverkehrsplan für den Landkreis von einem Planungsbüro erarbeitet, der die zahlreichen Veränderungen in der Entwicklung der Einwohnerschaft, der Arbeitgeber oder Schulen berücksichtigen soll. Im Rahmen einer ersten Anhörung dazu habe es bereits Beratungen mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren aus dem Landkreis gegeben. Alle Bürgermeister und Amtsdirektoren wurden aufgefordert, Hinweise zu geben, wo in ihren Orten ein dringender Handlungsbedarf besteht. Der Rücklauf sei aber noch schleppend.

Hinweise gebe es z. B. bereits von verschiedenen Seniorenbeiräten, ehrenamtlichen Bürgermeistern, Ortsvorstehern und Jugendklubs.

Wenn der Entwurf vom Planungsbüro vorliegt, erfolgt eine nochmalige Beratung mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren.

Die Probleme mit der Breitbandverkabelung sind allen Abgeordneten sicherlich bekannt. Jeder Landkreis hat sogenannte Breitbandbeauftragte, die dem Land als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Sie verfügen aber über kein Geld. Das sei anders als in Berlin.

Der Landkreis habe noch keinen Auftrag an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft herausgegeben, hier aktiv zu werden. Dafür wurde auch kein Geld zur Verfügung gestellt. Am Ende stehe ja immer die Frage, wer alles finanzieren soll.

Viele Gemeinden seien aber auch selbst aktiv geworden, haben mit entsprechenden Anbietern Kontakt aufgenommen und auch Geld in die Hand genommen.

Alles in allem habe der Landkreis zwar den offiziell vom Land benannten Breitbandbeauftragten, der aber das, was z. B. die Berliner tun, nicht machen kann, weil es bisher zumindest keine Initiativen in diese Richtung aus dem Kreistag gab.

Herr Treder-Schmidt weist darauf hin, dass der Geschäftsführer der Regionalen Verkehrsgesellschaft nicht in der Stadtverordnetenversammlung von Luckau, sondern im Ausschuss

für Gewerbe und Stadtmarketing gesprochen hatte. Dort wurde die Situation am Bahnhof Uckro sehr kritisch beleuchtet.

Weiterhin führt die Bahnlinie von Luckau/Ucko nach Berlin durch einen zweiten Landkreis. Das bedeute für alle Pendler, dass sie pro Monat für ihre Monatskarte 30 Euro mehr bezahlen müssen. Wenn ein anderer Landkreis durchquert werde, fahren die Fahrgäste angeblich weiter und deswegen müsse mehr bezahlt werden.

Die Luckauer Bürger können jedoch nicht dafür bestraft werden, dass sie in einer Ecke des Landkreises wohnen, wo sich ein anderer Landkreis noch einmal „ausbeult“. Pro Kopf und Monat seien 30 Euro eine sehr hohe Strafgebühr. Und da jetzt gerade die Verhandlungen zu den Ticketpreisen anstehen, werde die Verwaltung gebeten, dies mit auf die AGENDA zu nehmen. Das sei schon sehr wichtig, zumal es auch darum geht, wie sehr die Dresdener Linie, die gerade im Ausbau begriffen ist, später von den Bürgern angenommen wird.

Bürgersprechstunde des Kreistagsvorsitzenden

Herr Irmer möchte wissen, wie die neu angebotene Bürgersprechstunde des Kreistagsvorsitzenden angelaufen ist.

Herr Wille erwidert, dass erst zwei Sprechstunden durchgeführt wurden. Beim ersten Mal kam niemand und beim zweiten Mal kamen sechs Bürger, wovon fünf polnische Schüler waren, die im Zusammenhang mit dem Jubiläum des Oberstufenzentrums im Landkreis zu Gast waren.

Ein Bürger hat sich über das Wandbild am Kreisel in der Stadt Lübben geärgert. Diesem Bürger konnte insofern weitergeholfen werden, dass ihm entsprechende Informationen zugesagt wurden, wenn über das Thema noch einmal in den verschiedenen Gremien diskutiert wird.

Stundenausfall an den Schulen

Herr Haverlandt fordert die Verwaltung und die im Kreistag vertretenen Landtagsabgeordneten auf, sich mit Nachdruck für eine Verringerung des Stundenausfalls an den Schulen einzusetzen.

Das Thema wurde ja bereits mehrfach im Kreistag angesprochen.

Wenn Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können oder Fachkräfte gesichert werden sollen, müsse der Lösungsansatz in der Schule beginnen. Es könne z. B. nicht sein, dass der Englischunterricht ein Jahr lang fast komplett ausfällt und dann mit Lehrern weitergeführt wird, die dieses Fachgebiet nicht studiert haben.

Doppelhaushalt 2015/2016

Herrn Kaiser liegt die Information vor, dass es heute eine Mitteilung zum Doppelhaushalt 2015/2016 geben soll. Ihn würde die Motivation der Verwaltung interessieren, warum jetzt ein Doppelhaushalt vorgelegt werden soll.

Landrat Loge antwortet, dass dazu bereits im Kreisausschuss informiert wurde und ein Terminplan übergeben wurde. Mit dem Doppelhaushalt werde einem schon seit längerem bestehenden Wunsch von Ausschüssen und Fraktionen entsprochen.

Friedensinfonie

Landrat Loge führt aus, dass die in Luckau und Lübben von einem deutsch-polnischen Jugendorchester aufgeführte Friedensinfonie ein wirkliches Erlebnis war. Ein ausdrücklicher Dank gelte allen Akteuren, vor allem Herrn Miertsch vom Verein Musik und Leben e. V. Luckau, dem Europaverein und den Musikschulen der Region. Auch Herr Selbitz habe sich

hier verdient gemacht. Im Moment werde darüber nachgedacht, Anfang nächsten Jahres ein weiteres Konzert zu veranstalten – dann vielleicht auch im Norden des Landkreises. Die Finanzierung erfolgte durch die Stiftung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, einzelne Förderprogramme, diverse Ministerien, die Stadt Luckau und dem deutsch-polnischen Jugendwerk.

Herr Wille bestätigt, dass es ein tolles Erlebnis war. Vielleicht kann von dem Konzert auch eine CD angefertigt werden.

Sitzungsordnung

Herr Hanke mahnt für die zukünftigen Sitzungen an, dem jeweiligen Sprecher zuzuhören und nicht so laut zu erzählen. Das gebiete die Höflichkeit. Heute war es sehr unruhig.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Kreistagssitzung um 19:15 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 8 fortgesetzt.